

landschaft, welche die notwendige Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, Pflege, Energie und Mobilität flächendeckend bereitstellen kann.

Die technischen Innovationen der Industrie 1.0, 2.0 und 3.0 stimulierten soziale Innovationen wie die Fließbandarbeit, aber eben auch unseren Sozialstaat mit Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung oder die Mitbestimmung. Die Industrie 4.0 wird andere soziale Innovationen hervorrufen. Auch diese werden wir dringend brauchen.



Daniel Buhr

ist Professor für Policy Analyse und Politische Wirtschaftslehre an der Universität Tübingen. Er forscht und lehrt zu den Schwerpunkten Wirtschafts- und Innovationspolitik, Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik sowie vergleichender Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsforschung.

daniel.buhr@uni-tuebingen.de

Gespräch mit Philip Kovce und Julian Nida-Rümelin

»Man arbeitet nicht nur aus Vergnügen«

Das bedingungslose Grundeinkommen – realitätsferne Utopie oder praxisnahes Zukunftsmodell?

Unter einem bedingungslosen Grundeinkommen versteht man eine staatliche, steuerfinanzierte, monatliche Zahlung an alle, unabhängig von Einkommen und Vermögen, auch unabhängig davon, ob die betreffende Person erwerbstätig ist oder nicht. Im Gespräch mit Klaus-Jürgen Scherer diskutierten Philip Kovce, Mit-Autor des Buches »Was fehlt, wenn alles da ist? Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt«, und der Philosoph Julian Nida-Rümelin, der schon 2008 in einem Beitrag in der NG/FH vor den Spaltungstendenzen eines bedingungslosen Grundeinkommens gewarnt hatte, dieses Konzept.

NG/FH: Seit Jahren wird, zuletzt gerade im Zusammenhang mit der Digitalisierung, das bedingungslose Grundeinkommen debattiert. Herr Kovce, warum brauchen wir das?

Philip Kovce: Es gibt viele gute Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Grundeinkommen fördert Freiheit statt Zwang, Solidarität statt Bevormundung, Initiative statt Gehorsam. Es ist keine Reform, die bloß ein paar Stellschrauben des Sozialstaats neu justiert, sondern eine Idee, die uns ganz grundsätzlich über uns selbst und darüber nachdenken lässt, wie wir miteinander leben und arbeiten wollen. Aber natürlich zwingt uns nichts dazu, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Wir können uns frei entscheiden, ob wir es uns leisten wollen. Die Schweiz, die nicht gerade dafür bekannt ist, revolutionären Ideen anzuhängen, stellt sich genau diese Frage, indem sie 2016 über die Einführung eines Grundeinkommens abstimmt. Die Schweizer Debatte zeigt: Das bedingungslose Grundeinkommen kostet nicht Geld, sondern Vertrauen. Die Vertrauensfrage ist die Gretchenfrage des Grundeinkommens.

NG/FH: Herr Nida-Rümelin, Sie stehen auch als Philosoph dieser Idee eines ganz anderen Sozialstaats eher skeptisch gegenüber?

Julian Nida-Rümelin: Die Idee ist nicht neu, es gibt sie schon seit Jahrzehnten. Die ideologischen Wurzeln – das meine ich jetzt nicht abwertend, sondern nur als Charakterisierung – liegen zum Teil im Anarchismus des 19. Jahrhunderts und zum Teil in wirtschaftsliberalen, marktradikalen Konzeptionen. Das erklärt auch die breite Bündnissituation. Arbeitgebernahe Ökonomen wollen endlich diesen Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen und den sie nicht besonders schätzen, durch ein einfaches System ersetzen.

Auf der anderen Seite gibt es die emanzipatorische Haltung, jemanden zu unterstützen, unabhängig davon, ob er jemals arbeiten geht oder Lust hat zum Arbeiten. Die einen wollen sich vielleicht bürgerschaftlich engagieren, andere sich um die Kinder kümmern. Und die Dritten sagen: »Ich brauche mal eine Auszeit für zwei Jahre und da ist es ganz gut, wenn ich dann auch ein Einkommen in dieser Zeit habe.« Das ist erst mal eine humane, durchaus sympathische Idee.

Meine These ist, dass es aktuell in der Tat große Herausforderungen für das soziale Sicherungssystem gibt, in anderen Ländern noch mehr als in Deutschland. Dieser Systemwechsel aber beinhaltet in meinen Augen ein großes Risiko, nämlich, dass er die sozialen Spaltungen, die sich heute schon abzeichnen, noch einmal vertieft.

Ein Beispiel: die sogenannte Herdprämie der CSU. Mit der staatlichen Transferleistung, finanziert aus Steuermitteln an die Eltern, die das Kind zu Hause betreuen, werden die falschen Anreize gesetzt. Aus der Botschaft »Ihr braucht nicht arbeiten, der Staat unterstützt das« folgt, dass sich damit in Milieus, in denen sowieso die Erwerbstätigkeit von Frauen die große Ausnahme ist, die Spaltung zwischen Männern und Frauen weiter vertieft. Ich bin ganz sicher, dass eine Verfünffachung der Herdprämie als bedingungsloses Grundeinkommen dazu führen würde, dass in diesen Milieus Frauen nicht mehr in die Arbeit zurückkehren. Da wird also das, was wir gegenwärtig anstreben, nämlich eine gleichermaßen starke Integration von Frauen und Männern ins Erwerbsleben, wieder zerstört.

Zum anderen würde die illusorische Botschaft vermittelt werden, alles sei ganz leicht und spielerisch. Wir sind ungebunden, machen mal dies, mal etwas anderes. Ich gehe mal fünf Jahre aus dem Erwerbsleben raus oder ich bin ein junger Mensch und will einfach noch nicht ins Erwerbsleben. Doch die jungen Menschen würden sich wundern, sie werden fünf Jahre später nämlich den Weg in den Arbeitsmarkt nicht mehr finden.

NG/FH: Der Systemwechsel gefährdet also unseren Sozialstaat, führt zu sozialer Spaltung und die Arbeit wird nicht mehr wirklich gewürdigt?

Kovce: Das bedingungslose Grundeinkommen würdigt Arbeit als Tätigkeit, nicht bloß als Erwerbsarbeit. Herr Nida-Rümelin betont die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Integration durch Erwerbsarbeit und fürchtet sich vor einer Freizeitgesellschaft. Das ist eine Scheinalternative: Ihr liegt die Annahme zugrunde, dass Menschen ohne äußere Anreize nichts Sinnvolles tun würden...

Nida-Rümelin: ...keineswegs, Bürgerarbeit oder Kindererziehung sind sehr sinnvolle Aktivitäten.



Reiner Zensgen

Philip Kovce

Kovce: Seit Jahrzehnten meinen wir, wir müssten von Staats wegen eine Leitkultur vorgeben, die den Arbeitsbegriff zum Erwerbsarbeitsbegriff verkümmern lässt. Diese Unkultur hat zur Folge, dass wir Menschen mit aller Macht zur Erwerbsarbeit zwingen, ganz gleich, welchen Unsinn sie dabei treiben müssen. Es ist weder sozial noch liberal und hat überdies nichts mit Integration zu tun, Zwangsarbeit zu befürworten. Dass wir am Arbeitszwang festhalten, obwohl immer mehr Jobs von Maschinen übernommen werden, zeigt, dass wir es noch nicht lassen können, den Erwerbsarbeitsgötzen anzubeten. Genau das hat Hannah Arendt übrigens prophezeit: dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit zwar ausgehen werde, aber dass diese Gesellschaft, welche sich auf nichts anderes mehr verstehe, sich die Arbeit niemals ausgehen lassen werde. Wenn wir uns also nicht dazu entscheiden, die Erwerbsarbeitsgesellschaft aufzugeben, werden wir all unsere Intelligenz weiterhin darauf richten, noch absurdere, sinnlosere Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, da wir sie der Integration oder Disziplinierung willen für wichtig erachten. Die SPD untergräbt auf diese Weise ihren ursprünglichen Auftrag: Sie ist vor über 100 Jahren angetreten, um die Arbeiter zu ermächtigen,

sich gegenüber den Kapitalisten Freiräume zu verschaffen. Heute tut die Partei genau das Gegenteil: In dem historischen Moment, der uns den Zwang zur Erwerbsarbeit tatsächlich aufgeben ließe, engagiert sich die SPD nicht dafür, sondern erfindet Instrumentarien, die uns noch ausgeklügelter zur Erwerbsarbeit zwingen sollen. Das finde ich zynisch.

Nida-Rümelin: Die meisten Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens verfolgen eine Verharmlosungsstrategie und sagen: »Na ja, es ist doch ganz sinnvoll, diese verschiedenen Leistungen übersichtlicher zu gestalten und unabhängig zu machen von der Frage, ob man nun gerade erwerbsfähig ist oder nicht.« Wer aufgrund von Alter, Krankheit oder Elternschaft nicht erwerbsfähig ist, hat aber sowieso Anspruch auf Lohnersatzleistungen.

Die Argumentation von Ihnen folgt hingegen bestimmten anarchistischen Strömungen des 19. Jahrhunderts, von denen sich gerade die sozialdemokratische Bewegung aus guten Gründen immer deutlich abgesetzt hat. Zum Beispiel von dieser These, dass die beste aller Welten die wäre, in der Arbeit ein reines Vergnügen ist. Denn man arbeitet zum Teil aus Verpflichtung gegenüber sich selbst, man arbeitet, um anderen ein Auskommen zu ermöglichen, zum Beispiel seinen Kindern, für die man Verantwortung

trägt. Man arbeitet für die Zukunftssicherung. Es gibt sehr viele empirische Studien, die zeigen, dass Integration und Anerkennung über Erwerbsarbeit – das macht gerade das Problem der Geschlechterspaltung so gravierend – eine große Rolle spielen.

Erwerbsarbeit hat viele Funktionen, die wichtig sind, auch bürgerschaftliches Engagement findet sich besonders bei den ins Arbeitsleben Integrierten. Ich stelle mir eine gerechtere, fairere, inklusivere, humanere Arbeitswelt vor. Aber die Abwertung von Erwerbsarbeit als ein Hobby – und das ist in Ihren Äußerungen sehr deutlich geworden – geht in die Irre. Zu Aristoteles' Zeiten war das einmal anders, da war Erwerbsarbeit etwas für die unteren Klassen. Das hat sich aber verändert. Wir leben in der Tat in einer Gesellschaft, in der die soziale Integration ganz wesentlich über Erwerbstätigkeit stattfindet.

NG/FH: Aber was ist mit Hannah Arendts These?

Nida-Rümelin: Diese eigentlich schon seit dem 19. Jahrhundert immer wieder ventilierte These besagt, dass die Produktivitätssteigerung am Ende dazu führt, dass der Industriegesellschaft die Arbeit ausgehe. Stichwort: Digitalisierung. Diese Debatten wurden auch innerhalb der SPD geführt. Doch diese Theorien haben sich seit Jahrzehnten immer wieder als falsch erwiesen. Das Arbeitsvolumen schrumpft nicht, sondern es wächst. In Deutschland ganz besonders.

Kovce: Das Arbeitsvolumen wächst, weil wir uns politisch dafür verrenken, dass es wächst.

Nida-Rümelin: Nein, sondern weil Menschen – auch wenn in bestimmten Bereichen die Produktivität sehr groß ist und weniger Arbeitskraft benötigt wird – noch ganz andere Bedürfnisse haben, zum Beispiel kulturelle. Gegenwärtig boomt die Kulturbranche in ganz besonderer Weise. Da braucht man mehr Erwerbsarbeit. Es besteht keinerlei Grund zu glauben, dass der Gesellschaft die Erwerbsarbeit ausginge.

Kovce: Da bin ich ganz bei Ihnen. Es geht mir ja auch nicht darum, Erwerbsarbeit zu verteufeln, sondern darum, dass es diabolisch ist, wenn Erwerbsarbeit auf Arbeitszwang beruht. Bezüglich der Digitalisierung gilt ein einfacher Grundsatz: Alles, was sich berechnen lässt, lässt sich automatisieren. Das heißt, wir brauchen Menschen künf-



Reiner Zensen

Julian Nida-Rümelin

tig nur noch dort, wo wir es mit dem Unberechenbaren zu tun haben. Die Zukunft der Arbeit, ganz gleich, ob als bezahlte Erwerbsarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit, liegt dort, wo Selbst- und nicht Fremdbestimmung gefordert ist.

Nida-Rümelin: Der Markt richtet sich nicht nach solchen Bedürfnissen und Wünschen. Der Markt hat ganz andere Eigengesetzlichkeiten. Es ist doch kein politischer Wunsch, dass Unternehmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer suchen und ganze Branchen in Gefahr geraten, weil der Nachwuchs an Arbeitskräften und an entsprechend Ausgebildeten fehlt. Das ist doch keine Kopfgeburt von Philosophen oder Politikern, so funktioniert nun einmal der ökonomische Markt.

NG|FH: Ein Sozialstaat, der wesentlich auf Erwerbsarbeit basiert, hat natürlich nur dann eine Zukunft, wenn sich die Erwerbsarbeit weiter entwickelt, oder?

Nida-Rümelin: Wir haben zum Beispiel in Deutschland und Frankreich ein soziales Sicherungssystem, welches ganz wesentlich über den Faktor Arbeit finanziert ist. In den skandinavischen Ländern ist das anders. Man kann Systeme aber nicht einfach von heute auf morgen umsteuern. Das heißt, ich bin für eine weitergehende Abkoppelung der sozialen Sicherungssysteme vom Faktor Arbeit, weil das den Faktor Arbeit verteuert – also genau entgegengesetzt zu Ihrer Position – und damit Arbeit künstlich verknappt.

Man sollte Schritt für Schritt die steuerfinanzierten Elemente des sozialen Sicherungssystems ausbauen, die mehr Freiheit schaffen. Eine gemeinsame Bürgerversicherung ist sinnvoll. Aber den radikalen Neuansatz, der Sozialstaat wird abgeschafft, und damit auch die kooperativen Strukturen, die darin eingebettet sind, lehne ich ab. Im deutschen Sozialstaat erlangt man auch Ansprüche, weil man zur Erwirtschaftung des Sozialproduktes beigetragen hat. Das sind Ansprüche, die auch die bekommen, die es nun gar nicht nötig hätten, die aber aus der Erwerbstätigkeit erwachsen sind.

Dieses alles mit einem Federstrich zu vernichten, bedeutet im Übrigen auch, 110 Jahre Sozialgeschichte und 150 Jahre Kampf der Arbeiterbewegung zu vernichten.

Kovce: Das ist wunderbar polemisiert. Natürlich würde die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht revolutionär, sondern evolutionär erfolgen. Wir könnten verschiedene Elemente der sozialen Sicherung, die wir heute schon kennen, bedingungslos werden lassen. Es ist vorstellbar, nicht nur Kindergeld, sondern auch eine Grundrente zu zahlen, welche Elemente der Bedingungslosigkeit in die Gesellschaft hineinwachsen lassen. Wäre das bedingungslose Grundeinkommen ein revolutionäres Projekt, hätten nicht über 100.000 Schweizer eine Volksinitiative dazu unterschrieben. Das Grundeinkommen ist eine perspektivische Idee, die uns an morgen denken und heute handeln lässt. Aber ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, der in meinen Augen unseren wesentlichen Widerspruch ausmacht: Sie misstrauen den Menschen.

Nida-Rümelin: Nein. Man arbeitet aber nicht nur aus Vergnügen. Das ist eine illusorische Mittelschichtideologie. Ich arbeite auch, weil ich damit Geld verdienen muss.

Kovce: Das dürfen Sie auch weiterhin. Das Grundeinkommen verbietet nicht das Geldverdienen. Jeder kann sich in einer Grundeinkommensgesellschaft auch finanziell verwirklichen. Dass wir uns heute allerdings dazu abrichten, morgens um sechs Uhr für

einen Job aufzustehen, zu dem wir uns finanziell genötigt sehen und den wir deshalb weder gut noch günstig erledigen, ist keine Heldentat, sondern ein Armutszeugnis. Ich stehe morgens um vier Uhr für jede Tätigkeit auf, die mich begeistert. Dabei bin ich am leistungs- und am leidensfähigsten. Das hat mit Hobby nichts zu tun, sondern mit Passion. Das Grundeinkommen verhindert nicht menschliche Anstrengung, sondern unmenschliche Abrichtung.

Nida-Rümelin: Mir geht es um Humanisierung der Ökonomie und Kritik an der Selbstinstrumentalisierung, wie man in meinem Buch *Die Optimierungsfalle* nachlesen kann. Aber Ihr utopischer Überschwang, der ja sympathisch ist, besagt: »Es wäre doch am allerbesten, wenn die Leute überhaupt keinen Grund mehr hätten, ein Erwerbseinkommen zu erzielen und nur aus eigenem Antrieb arbeiteten.« Das ist eine gefährliche Illusion. Weil sie in der Tradition steht, dass nichts mühsam, anstrengend, schwierig sein darf.

Das ist aber nicht richtig. Es gibt Verpflichtungen, zu denen es gehört, dass man selbst, wenn man kann, für sein Einkommen sorgt und nicht andere dafür sorgen lässt. Und das ist meines Erachtens Teil des Erwachsenwerdens, dies zu akzeptieren.

Kovce: Jetzt sitzen Sie moralisch einer Ente auf, nämlich der, dass wir in der heutigen Fremdversorgungswirtschaft noch wie Jäger und Sammler für uns selbst arbeiten würden. Wir leben heute in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, in der andere für mein und ich für das Einkommen anderer Sorge, indem ich meine Bedürfnisse dank der Leistungen anderer befriedige und selber für andere tätig bin. Ich ernähre nicht mehr meine Sippe oder Familie, sondern bin mit meiner Tätigkeit ins weltweite Leistungsgeflecht eingebunden. In einer solchen Gesellschaft, in der ich auf die Leistungen anderer angewiesen bin, ist es doch nur logisch, dass ich mich frage, wie die anderen am besten leistungsfähig werden. Und das werden sie natürlich nicht, wenn ich sie zu Leistungen zwingen, sondern wenn sie aus freien Stücken für mich tätig werden können.

Nida-Rümelin: Entschuldigung, aber das ist ein Denkfehler. Unterschätzen Sie mal nicht die Jäger-und-Sammler-Kulturen. Die sind arbeitsteilig vorgegangen, da ist nicht der Einzelne losgezogen und hat das Mammut erschlagen und es nach Hause geschleppt, sondern sie haben in großen Gruppen – heute sprechen die Anthropologen von etwa 300 – arbeitsteilig zusammengelebt.

Und so ist es eben heute auch. Wir leben in der Tat in einer hochgradig arbeitsteiligen, kooperativen Ökonomie plus Sozialstaat, was in einem schwierigen Spannungsverhältnis zueinander steht. Wir haben jetzt eine Phase hinter uns, in der die ökonomische Rationalität zunehmend dominierend wurde – vielleicht sind wir uns in dem Punkt sogar einig – und die sozialstaatliche in die Defensive getrieben hat. Und es hängt viel davon ab, dass Kooperation nicht nur über Erwerbsarbeit definiert wird. Völlig klar. Also wer zum Beispiel seine Angehörigen pflegt, sich ehrenamtlich engagiert, Kinder betreut usw. leistet auch etwas Wesentliches zu dieser Kooperation.

Es gehört zum Erwachsenwerden dazu, dass man in dem arbeitsteiligen Prozess seinen Beitrag leistet, um sich und andere, die von einem abhängen, zu ernähren und einen Unterhalt zu sichern. Und die Vorstellung, wir machen das nur noch dann, wenn wir Lust darauf haben, ist im Grunde eine Form verlängerter Adoleszenz, ob das nun den Menschen bewusst ist oder nicht.

Kovce: Ich begeistere mich doch auch für Arbeiten, bei denen ich schwerste Krisen durchzustehen habe, wenn ich sie als meine Aufgaben erkenne. Sie wünschen sich zwar eine Humanisierung der Arbeit, aber Sie begreifen diese als einen paternalistischen Staatsakt. Sie trauen dem Einzelnen nicht die Selbsthumanisierung der Arbeit zu.

Nida-Rümelin: Im Gegenteil. Sie schlagen vor, dass es eine massive staatliche Abschöpfung und Umverteilung gibt von den Erwerbseinkommen, die dann nach diesen Berechnungen sehr, sehr hoch sind, weil die Produktivität hochproduktive Arbeitsplätze für wenige sichern wird. Ich habe nichts gegen staatliche Interventionen, aber hier einen Gegensatz zu konstruieren, ich sei für eine staatliche Zwangsform, mit der man arbeiten muss, und Sie sind für die Freiheit des Marktes und der Selbstbestimmung, ist wirklich absurd.

NG/FH: Wie weit werden in Zukunft in der digitalen Welt die Algorithmen die Arbeit ersetzen?

Nida-Rümelin: Ich weiß nicht, was passiert. Sollte es so kommen, dass alle durch Algorithmen steuerbaren Prozesse am Ende von Maschinen erledigt werden, dann hätten wir in der Tat eine völlig neue Situation. Auffällig ist allerdings, dass genau diese These seit dem 19. Jahrhundert – natürlich noch nicht in Bezug auf digitale Techniken – mit demselben Muster in der Debatte vertreten wurde: Man sieht, dass man keine oder immer weniger Weber braucht und ruft die Katastrophe aus.

Und jedes Mal ist es anders gekommen. Jedes Mal sind wieder neue Branchen, neue Märkte, neue Bedürfnisse entstanden, auch immaterieller Art. Das ist meine große Hoffnung, dass der immaterielle Sektor wesentlich wachsen wird, damit die weitere Entwicklung ressourcenverträglich und nachhaltig ist.

Es ist sehr schwer zu sagen, was genau passieren wird. Ich sehe nur, dass alles das, was uns die Euphoriker der Digitalisierung erzählt haben: das papierlose Büro, der gewaltige Produktivitätssprung, kaum noch Zeitverbrauch für die Kommunikation, nicht eingetreten ist.

Kovce: Die Frage der Digitalisierung ist nicht, ob ein Text auf Papier gedruckt, sondern ob er mit Schreibmaschine oder Computer erstellt wird. Dank des Computers ist der Papierausdruck eine freie Entscheidung geworden. Auch unsere Konsumententscheidungen werden immer freier. Die Marketing- und PR-Budgets der Konzerne steigen ja deshalb, weil wir infolge der Freiheit und inmitten des Überflusses mit dem Wünschen gar nicht mehr hinterherkommen. Sogar Politik wird zunehmend plakatiert, nicht diskutiert, weil man das fehlende Wählerinteresse fürchtet. In dieser Situation brauchen wir keinen Sozialstaat, der sich als Überwachungsstaat aufspielt, um angebliche Leistungsverweigerer anzuprangern, sondern wir brauchen ein Bürgerrecht, das jedem die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Es ist ja heute schon so, dass wir eigentlich niemanden verhungern lassen und jedem das Existenzminimum gewähren. Allerdings schränken wir dieses Grundrecht im Sozialrecht verfassungswidrig ein. Das bedingungslose Grundeinkommen ist nichts anderes als die Durchsetzung der verfassungsgemäßen Rechte, die wir uns heute schon zubilligen. Das bedingungslose Grundeinkommen garantiert, dass das Existenzminimum unter keinen Umständen gekürzt und jedem Einzelnen zugestanden wird.

NG/FH: Worin besteht eigentlich die wichtigste Differenz zwischen sozialdemokratischer Grundsicherung und bedingungslosem Grundeinkommen – von der grundsätzlichen Rhetorik und dem philosophischen Ansatz einmal abgesehen –, wenn es doch beiden um Reformschritte geht?

Nida-Rümelin: Das Argument für ein bedingungsloses Grundeinkommen, dass es für alle ein existenzsicherndes Minimum geben muss, hat sich ja schon erübrigt, weil es dies bereits gibt. In Deutschland besonders deutlich, weil das Bundesverfassungsgericht ja alle Differenzierungen, auch zum Beispiel mit Blick auf die Flüchtlinge usw., untersagt. Das Fördern und Fordern der Agenda-Reform war zudem über weite Strecken in Deutschland erfolgreich. Wir haben seit 2005 als eines der wenigen Industrieländer keine wachsende Ungleichheit.

Der Anspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen ist etwas völlig anderes. Die derzeitigen Sätze empfinde ich als zu niedrig. Aber wenn gesagt wird, mir ist es völlig egal, um wen es sich handelt, ob jemand ein paar Millionen verdient oder nicht, alle bekommen dasselbe, dann frage ich mich, warum die Allgemeinheit die knappen Mittel in dieser Weise verschwenden sollte, statt sie in Kinderbetreuung, Pflege und Bildung zu investieren?

Kovce: Ein Grundrecht gilt für alle.

Nida-Rümelin: Das ist kein Recht. Das Recht bezieht sich darauf, dass ich ein Existenzminimum erhalte. Aber das Recht sagt nicht, dass ein Millionär noch 1.000 Euro pro Monat mehr bekommt.

Kovce: Ich verstehe das Grundeinkommen als Grundrecht, nicht als Sozialleistung. Das Grundeinkommen hat mit Geld nichts zu tun. Dass Geld gezahlt wird, ist der letzte Akt in einem Drama, dessen Katharsis woanders stattfindet – nämlich bei der Frage, ob wir uns bedingungslos die Existenz zugestehen wollen. Wenn wir bemerken, dass wir dadurch leistungsfähiger werden, erkennen wir auch, dass wir uns volkswirtschaftlich schädigen, solange wir noch kein bedingungsloses Grundeinkommen einführen.

Nida-Rümelin: Das besagt, dass wir aus Gründen der Produktivitätsförderung oder der ökonomischen Prosperität ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen bräuchten. Sie haben wahrscheinlich im Auge, dass das Produktivitätssteigerungen nach sich zöge, weil viele sich aus dem Arbeitsmarkt zurückzögen und die wenigen, die dann noch verblieben, hochproduktiv sein müssten. Das sind hochspekulative Annahmen und diese beinhalten in meinen Augen auch sozialpolitisch nicht gewünschte Effekte, weil wir dann eine kleine Elite von Hochverdienern hätten, die den ganzen Rest alimentierten. Aber das ist ein neues Thema.